

Beschlussbuch

A01	Unser Münchner Beitrag zum Landeswahlprogramm ...	Seite 02
A02	Erhaltung von preiswertem Wohnraum - Eisenbahner-Genossenschaftswohnungen an die Eisenbahnbaugenossenschaften verkaufen oder Erbpachtverträge verlängern	Seite 11
A03	Nachverdichtung der Landeshauptstadt München nachhaltig gestalten!	Seite 12
A04	Überprüfung und Ausweitung der Verordnung über die Gebiete mit gefährdeter Wohnungsversorgung vom Mai 2012	Seite 13
A05	Bildungspolitische Ziele – Landeswahlprogramm 2018	Seite 13
A06	Busfahrstreifen	Seite 18
A07	Verhältnis und Abgrenzung zur AfD	Seite 18
A08	Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen	Seite 19
A09	Cannabis entkriminalisieren	Seite 19
A10	Reine männliche Führungsriege bei drei Bundesministerien!	Seite 20
A11	Bürgerrechte schützen – PAG (Polizeiaufgabengesetz)-Neuordnung verhindern!	Seite 21
A12	Bienen- und Insektensterben sofort stoppen	Seite 21
A13	Psychisch-Kranken-Hilfegesetz	Seite 22
A14	Angriff in Syrien völkerrechtswidrig	Seite 22

A01

1

2 AntragstellerInnen: SPD München

3 AdressatInnen: Landesparteitag der BayernSPD

4

5 **Unser Münchner Beitrag zum Landeswahlprogramm:** 6 **Bezahlbares Wohnen, umweltfreundlicher Verkehr und soziale** 7 **Gerechtigkeit!**

8

9 **1. Bezahlbares Wohnen und Mieterschutz stehen an erster Stelle**

10

11 **Bezahlbares Wohnen: in Bayern leider nicht mehr Realität**

12 Im Rahmen der Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006 wurde die Zuständigkeit für die
13 Gesetzgebung zur sozialen Wohnraumförderung vom Bund auf die Länder übertragen. Den
14 Ländern obliegen nunmehr auch das Recht zur Gesetzgebung in diesem Bereich und die
15 Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung. Der Bund gewährt den Ländern seit Anfang 2007
16 bis einschließlich 2019 sogenannte Kompensationszahlungen (auch Entflechtungsmittel genannt).
17 Deren Umfang belief sich zunächst auf 518,2 Millionen Euro jährlich. Im Jahr 2015 erfolgte durch
18 das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz eine erste Aufstockung um 500 Millionen Euro jährlich
19 für den Zeitraum 2016 bis 2019. Für die Jahre 2017 und 2018 wurde mit dem Gesetz zur
20 Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern
21 und Kommunen aus dem Jahr 2016 eine weitere Erhöhung um jeweils 500 Millionen Euro auf
22 nunmehr 1518,2 Millionen Euro vorgenommen.

23

24 Der Freistaat Bayern hat aber die ihm vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht für die
25 Schaffung dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums, sondern überwiegend zur Finanzierung
26 seines Haushalts eingesetzt. Noch fataler war es, dass die CSU-Staatsregierung im Jahr 2017 die
27 Landesmittel für den Sozialwohnungsbau stark zurückgefahren hat, von 158 Millionen Euro auf 87
28 Millionen Euro. Kein Wunder also, dass der Bestand an Sozialwohnungen 2016 mit 103.000 auf
29 einen neuen Tiefpunkt gesunken ist und ein Umdenken bei der CSU nicht erkennbar ist. Vor 15
30 Jahren gab es noch 179.000 Sozialwohnungen in Bayern, aber immer noch fallen mehr
31 Wohnungen aus der Sozialbindung heraus, als neu hineinkommen. Kurzum: Der Freistaat Bayern
32 und die CSU nehmen ihre Aufgabe zur Schaffung und Sicherung bezahlbarer Wohnungen nicht wahr
33 und lassen die Mieterinnen und Mieter im Großraum München mit den Problemen allein. Obwohl
34 die Landeshauptstadt München nicht zuständig ist, stellt sie allein mit dem wohnungspolitischen
35 Handlungsprogramm „Wohnen in München VI“ für 2017 bis 2021 mit 870 Millionen Euro mehr zur
36 Verfügung, als die CSU-Staatsregierung für ganz Bayern.

37

38 In seinem „Zehn-Punkte-Programm“ hat der neue Ministerpräsident nun angekündigt, eine
39 staatliche bayerische Wohnungsgesellschaft zu gründen (bis dato lehnte die CSU-Mehrheit
40 entsprechende Anträge der SPD-Landtagsfraktion regelmäßig kategorisch ab) und kündigt an, bis
41 2020 4.000 bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen zu
42 schaffen. Würde diese Ankündigung tatsächlich Realität, bleibt sie dennoch weit hinter dem
43 Bedarf zurück – allein im gleichen Zeitraum fallen mehr Sozialwohnungen aus der Bindung, der
44 Mangel an bezahlbaren Wohnungen würde also absehbar größer.

1
2 Seit 2002 steht ausschließlich die einkommensorientierte Förderung (EOF) zur Verfügung. Eine mit
3 EOF-Mitteln geförderte Wohnung ist keine Sozialwohnung. Für eine Sozialwohnung besteht nicht
4 nur eine Belegungsbindung, sondern auch eine langjährige Preisbindung durch die Kostenmiete,
5 während die Miete für EOF-Wohnungen dem freien Spiel des Marktes unterliegen. Eine mit EOF-
6 Mitteln geförderte Wohnung als Sozialwohnung zu bezeichnen ist Etikettenschwindel und täuscht
7 darüber hinweg, dass Investoren auch mit EOF-Wohnungen Profit machen. Die Anfangsmiete für
8 eine EOF-geförderte Wohnung orientiert sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete. Bereits nach
9 einem Jahr ist der Vermieter berechtigt, die Miete nach den für freifinanzierte Wohnungen
10 geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu erhöhen. Das kann dazu führen, dass die Miete 15
11 Monate nach der Erstvermietung um 15% steigt. Von einer Sozialwohnung kann also keine Rede
12 sein.

13 Der Freistaat Bayern muss seine bisher von der CSU geprägte Wohnungspolitik grundlegend
14 ändern.

15

16 **Wir fordern im Einzelnen:**

17

18 **Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen – gefördertes Wohnen stärken!**

19 Bayern muss seine Anstrengungen und Haushaltsmittel vervielfachen, dem enormen Mangel an
20 bezahlbarem Wohnraum – insbesondere in den Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt - zu
21 begegnen. Der Freistaat muss mindestens 20.000 geförderte Wohnungen neu bauen und mit
22 einem Sonderinvestitionsprogramm Anreize zum Mietwohnungsbau schaffen. Für den Großraum
23 München wollen wir ein durch den Freistaat Bayern finanziertes, über die Regierung von
24 Oberbayern ausgereichtes Sonder-Regional-Handlungsprogramm für den geförderten
25 Mehrgeschoss-Mietwohnungsbau in Höhe von mindestens 800 Millionen Euro im 5-Jahres-
26 Zeitraum.

27 Bayern braucht ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz, das Verfahrensbehinderungen und
28 Bauhemmnisse, kostentreibende Bürokratie und preisstigernde Bauvorschriften ohne
29 tatsächlichen Gegenwert oder Nutzen auf landesrechtlicher Ebene abbaut. Der Freistaat muss sich
30 dafür einsetzen, dass in Normierungsausschüssen des DIN nicht mehr vor allem die interessierte
31 Industrie vertreten ist.

32 Wir fordern eine dauerhafte Bindung von geförderten Wohnungen für mindestens sechzig Jahre
33 und eine unbefristete Vergabe von aus der Bindung gefallen Sozialwohnungen an Menschen,
34 mit einer Berechtigung für bezahlbaren Wohnraum. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der
35 Fehlbelegungsabgabe ein.

36 Studierende und Auszubildende benötigen besonders dringend für sie bezahlbare Wohnungen.

37 Wir werden uns daher für deutlich mehr Wohnheime für junge Menschen in der Ausbildung
38 einsetzen, vor allem in den Universitätsstädten.

39 Wir werden nicht zuletzt angesichts der demographischen Entwicklung verstärkt für die Interessen
40 von Menschen mit Behinderungen und die Interessen älterer Menschen in der Wohnungspolitik
41 einsetzen und barrierefreie und zugleich bezahlbare Wohnungen fördern.

42 Wir wollen die Förderrichtlinien in Bayern auf umliegende Gemeinden von Ballungsgebieten mit
43 einem sehr angespannten Mietwohnungsmarkt ausweiten, wenn eine geeignete ÖPNV-Anbindung
44 besteht. Nach den derzeitigen Richtlinien für das kommunale Förderprogramm zur Schaffung von
45 Mietwohnraum in Bayern ist festgelegt, dass nur Standorte „mit einem erheblichen, nicht nur
46 vorübergehenden Bedarf an Mietwohnungen“ gefördert werden dürfen. Diese Regelung ist für
47 eine zielgerichtete Förderung einerseits sinnvoll, jedoch können andererseits Städte wie München
48 mit wenig (bzw. Städte mit gar keinem eigenen Grund) nicht in einem ausreichenden Umfang von
49 der Förderung profitieren. Im ländlichen Raum im Umkreis von Städten besteht aber noch die

1 Möglichkeit, Grundstücke für den sozial gebundenen Wohnungsbau zu vergleichsweise moderaten
2 Preisen zu kaufen und zu bebauen. Sind die ÖPNV-Anbindungen geeignet, kann das zur Entlastung
3 von Ballungsgebieten führen. Außerdem können diese Forderungen als Haltefunktion für junge
4 Menschen fungieren, für die der damit entstehende, günstige Wohnraum ein Grund zum Bleiben
5 ist.

6 Der Freistaat Bayern soll künftig nicht mehr benötigte und zum Verkauf stehende Grundstücke
7 nicht mehr meistbietend, sondern den Kommunen zum Verkehrswert oder
8 Wohnungsgenossenschaften unter preismindernder Berücksichtigung ihres Konzepts verkaufen
9 oder überlassen. Die sozial orientierte Wohnungswirtschaft in Bayern muss bevorzugt behandelt
10 werden.

11 Auslaufende Erbpachtverträge des Freistaates Bayern mit Genossenschaften oder anderen sozial
12 orientierten Wohnungsunternehmen werden wir verlängern oder die Grundstücke diesen zum
13 Verkehrswert mit Auflagen verkaufen.

14 Initiativen zur Schaffung oder zum Erhalt bezahlbaren Wohnens gehen immer wieder auch von
15 den Ländern über den Bundesrat aus, leider nie initiiert vom Freistaat Bayern. Das muss sich
16 dringend ändern, das Grundrecht auf Wohnen – verankert auch in Art. 106 der Bayerischen
17 Verfassung – muss einen völlig neuen Stellenwert in der Landespolitik und im Regierungshandeln
18 erhalten.

19

20 **MieterInnen schützen und Wohnraumaufsicht stärken**

21 Wir setzen uns für eine dauerhafte Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von maximal zehn
22 Prozent für fünf Jahre statt 15 Prozent für drei Jahre und eine Härtefallregelung ein, wie sie die
23 SPD im Münchner Rathaus für die städtischen Wohnungsgesellschaften auf den Weg gebracht hat.
24 Dazu müssen die bayerischen Regelungen für die einkommensorientierte Förderung (EOF) und das
25 Bayerische Wohnraumfördergesetz überarbeitet werden.

26 Wir wollen das bayerische Zweckentfremdungsgesetz reformieren und verschärfen. Künftig soll
27 ein Treuhänder eingesetzt werden können, der bei festgestellter Zweckentfremdung tatsächlich
28 alle Handlungen zur Wiederherstellung als Wohnraum für den Eigentümer vornehmen und
29 durchsetzen kann. Wir wollen ein Räumungsrecht für die Kommunen und eine Auskunftspflicht
30 mit Sanktionsmöglichkeiten für Plattformen wie Airbnb. Bereits das Anbieten und Bewerben von
31 Wohnraum mit dem Ziel der Zweckentfremdung muss als Ordnungswidrigkeit geahndet werden
32 können. Die Mieten für möblierte Wohnungen müssen gedeckelt werden.

33 Wir werden den Kommunen die Möglichkeit zurückgeben, menschenunwürdige Zustände in
34 vermieteten Wohnungen durch bauliche Mängel oder Überbelegung effektiv zu beenden. Dazu
35 wollen wir das Instrumentarium der klassischen Wohnungsaufsicht - 2004 von der CSU unter
36 Mitwirkung der Grünen abgeschafft – mit einem Bayerischen Wohnungsaufsichtsgesetz wieder zur
37 Verfügung stellen.

38

39 **GBW-Skandal aufklären – GBW-MieterInnen schützen!**

40 Wir werden den Skandal des Verkaufs der GBW AG mit ihren 33.000 Wohnungen restlos
41 aufklären. Die Hauptverantwortung hierfür trägt Herr Söder, der den Verkauf an ein
42 undurchsichtiges Konsortium von Spekulanten durchgezogen hat. Eine neue bayerische
43 Wohnungsgesellschaft muss Mietshäuser, die von der GBW AG verkauft werden, in ihren Bestand
44 übernehmen und so bezahlbaren Wohnraum erhalten und die Mieterinnen und Mieter vor
45 Spekulation schützen.

46

47 **Kein Wachstum ohne bezahlbare Wohnungen - Rücksicht auf die Umwelt**

48 Wir setzen uns für ein Harmonisierungsgebot ein, dass die Schaffung von Wohnraum im gleichen
49 Verhältnis zum Entstehen von Gewerbebetriebsplätzen vorsieht. Dabei achten wir darauf, dass der

1 Flächenverbrauch sowie Versiegelung möglichst gering bleiben, und Grün- bzw.
2 Naherholungsflächen erhalten werden. Dazu streben wir ein Flächenkataster an.
3 Beim Bau neuer Wohnungen muss der Freistaat Bayern künftig viel mehr auf die Änderungen im
4 Mobilitätsverhalten eingehen. Er muss Konzepte anwenden, die den Verzicht auf das eigene Auto
5 fördern und vernetzte Mobilität mit öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad und Carsharing in den
6 Vordergrund stellt.

7

8 **Eine Reform des Bodenrechts ist unverzichtbar!**

9 Grund und Boden sind nicht beliebig vermehrbar und können nicht den Regeln des freien Marktes
10 unterworfen werden. Die Grundstückspreise explodieren und sind der Hauptgrund für steigende
11 Wohnungspreise und Mieten. Es bedarf daher dringend einer Reform des Bodenrechts. Dies haben
12 die Väter und Mütter der Bayerischen Verfassung erkannt und in Art. 161 Absatz 2 festgelegt
13 „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des
14 Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“ Wir werden dafür sorgen,
15 dass sich der Freistaat Bayern aktiv und führend in die Enquetekommission des Bundestages zur
16 Reform des Bodenrechts einbringt und eigene Vorschläge zur Deckelung der Bodenpreise
17 einbringt.

18

19 **2. Unsere Ziele: eine Verkehrswende und mehr Umweltschutz**

20

21 **Münchens guter öffentlicher Verkehr stößt an seine Grenzen**

22 München hat eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur, die über Jahrzehnte von SPD-geführten
23 Stadtregierungen auf- und ausgebaut wurde. Durch den starken Bevölkerungszuwachs der letzten
24 Jahre in der gesamten Region München gelangt die Infrastruktur aber an ihre Grenzen. Die
25 Probleme der S-Bahn sind das bekannteste Beispiel.

26 Zwar konnte in den vergangenen Jahren auch durch ein hervorragendes Angebot im
27 Umweltverbund positiv erreicht werden, dass die bereits niedrige Nutzungsfrequenz des Autos in
28 München nochmals reduziert wurde - im Modal Split verringerte sich der mit dem Auto
29 zurückgelegte Anteil der Verkehrswege von 41% auf 37% zugunsten des Radverkehrs
30 (bundesweiter Durchschnitt des MIV am Modal Split: 58%). Weitere Fortschritte kann es aber nur
31 geben, wenn die Kapazitätsprobleme im öffentlichen Verkehr gelöst werden können.

32

33 **S-Bahn München: Defizite beheben und Netz endlich ausbauen!**

34 Die Münchner SPD kritisiert die schleppende Umsetzung des 13-Punkte-Programms „Qualität im
35 Münchner S-Bahn-System“ aus dem Jahr 2012. Die bayerische Staatsregierung hat hier einige der
36 drängendsten Probleme der S-Bahn benannt, die Umsetzung lässt jedoch auf sich warten.

37 Die Münchner SPD fordert, diese Maßnahmen unverzüglich zu realisieren, um die Stabilität des S-
38 Bahn-Netzes zu verbessern und den Verkehrsbedürfnissen der Region am Knoten München
39 Rechnung zu tragen.

40 Auch die Ausfälle im Winter 2017/18 haben gezeigt, wie dringend notwendig die Verbesserung der
41 Infrastruktur des Münchner S-Bahn-Netzes ist. Zudem muss von der Bahn endlich auch eine
42 schnelle Information der Fahrgäste bei Betriebsstörungen sichergestellt werden!

43 Die Münchner SPD lehnt die Praxis der Deutschen Bahn, im Verspätungsfall einzelne S-Bahn-Halte
44 auszulassen (zum Beispiel auf der Linie S1), um die Verspätungen auszugleichen, strikt ab. Wir
45 fordern reale Verbesserungen statt Tricks zu Lasten der Fahrgäste!

46 Die Verspätungen der S-Bahn müssen statistisch endlich korrekt erfasst und dann abgestellt
47 werden.

48

1 Tangenten: Die Münchner SPD fordert darüber hinaus, auch schienengebundene Tangenten zu
2 untersuchen und Konzepte für Stadtumlandbahnen erneut zu überprüfen.

3 Der bestehende DB-Nordring soll genutzt werden, um im S-Bahn- und Regionalzugnetz eine West-
4 Ost-Verbindung zu schaffen, die das Umland besser an Gewerbegebiete im Münchner Norden und
5 das U-Bahn-Netz anschließt.

6 Außerdem sollen weitere Tangenten zur Verbindung zwischen S-Bahn-Ästen untersucht werden.

7 Auch ein weiterer Ausbau des S-Bahn-Südrings, über die bisherigen Planungen im Rahmen des
8 „13-Punkte-Sofortprogramms“ hinaus, muss geprüft werden. Auch wollen wir weiterhin den
9 viergleisigen Ausbau der S8-Strecke im Münchner Nordosten mit Untertunnelung.

10

11 **Regionalverkehr und Naherholungsverkehr Richtung Alpen**

12 Auch der Regionalverkehr spielt in München eine Rolle und muss beim Ausbau mitbetrachtet
13 werden, da er als Zubringer nach und teilweise als Expressverbindung in München (z.B. Pasing -
14 Hauptbahnhof) fungiert. Auch hier gibt es große Optimierungspotenziale. Eisenbahngüterverkehr,
15 der im Großraum München weder Ziel noch Quelle hat, soll nicht durch München geleitet werden.
16 Die Münchner SPD setzt sich dafür ein, dass es ein besseres öffentliches Angebot für die
17 Naherholungsbedürfnisse der MünchnerInnen gibt.

18 Hiervon profitieren nicht nur die MünchnerInnen, sondern auch die BewohnerInnen der Region.
19 Öffentliche Verkehrsangebote für Erholungssuchende und TagesausflüglerInnen sind nicht nur
20 umwelt- und klimafreundlich, sondern auch sozial, und können barrierefrei gestaltet werden.

21

22 Wir fordern deshalb die bayerische Staatsregierung auf, den öffentlichen Verkehr für die
23 Naherholung in der Region München auszubauen und die Angebote deutlich zu verbessern. Das
24 betrifft sowohl Bahn – zum Beispiel die Oberland- und Werdenfels-Bahn - als auch die
25 Busverbindungen in Oberbayern.

26

27 **Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung des öffentlichen Verkehrs**

28 Ein konsequenter Ausbau des ÖPNV in der Wachstumsregion München ist dringend erforderlich.
29 Aber damit sind wiederum immense Kosten verbunden. Auch für Unterhalt und Sanierung der
30 bestehenden Infrastruktur sind hohe Millionenbeträge erforderlich.

31 Die im Koalitionsvertrag der Großen Koalition vorgesehene Fortführung des
32 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und die Erhöhung der Mittel um eine Milliarde im
33 Zeitraum von 2018 bis 2021 sind ein kleiner Lichtblick, reichen aber weitem nicht aus.

34 Die Münchner SPD fordert deshalb die die Sicherstellung und deutliche Ausweitung der
35 Gemeindeverkehrsfinanzierung auch über 2021 hinaus. Eine langfristige Regelung im Sinne der
36 Kommunen muss gefunden werden.

37 Mittelfristig ist eine Anhebung der Regionalisierungsmittel auf mindestens 8,5 Mrd. Euro pro Jahr
38 notwendig. Hierbei soll der Grundbetrag entsprechend angehoben und eine Dynamisierung
39 eingefügt werden.

40 Die Betreiber von ÖPNV-Anlagen müssen zudem komplett von der EEG-Umlage befreit werden.

41 Dies muss für Fahrstrom und alle Betriebsanlagen (wie z.B. Fahrtreppen oder Automaten) gelten.

42 Es ist umweltpolitisch nicht nachvollziehbar, warum ÖPNV-NutzerInnen mit diesen Kosten belastet
43 werden.

44 Die Münchner SPD fordert außerdem für Ballungszentren mit erhöhtem Investitionsbedarf die
45 Bereitstellung von Sondermitteln.

46 Der U-Bahnausbau hat für die Münchner SPD hohe Priorität, aber die Finanzierung muss wie in der
47 Vergangenheit auch von Bund und Land mitgetragen werden

48

49 **Keine Privatisierung oder Zerschlagung der Münchner S-Bahn**

1 Die Münchner SPD lehnt eine Zerschlagung des Münchner S-Bahn-Netzes und eine Vergabe an
2 mehrere Betreiber strikt ab. Das würde nur im Chaos zu Lasten der Fahrgäste enden!
3 Die Bahn muss als Betreiber des Münchner S-Bahn-Netzes Planungssicherheit bekommen. Im
4 Gegenzug für längere Ausschreibungen muss die DB aber endlich deutlich mehr in die
5 Zuverlässigkeit und Stabilität des Münchner S-Bahn-Netzes investieren.
6 Wir lehnen öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) bei Verkehrsprojekten weiterhin ab, da die
7 Folgekosten unabsehbar sind.

8

9 **Elektromobilität im Freistaat besser fördern und ausbauen**

10 Für München bietet die Elektromobilität mit ihren emissionsfreien Fahrzeugen die Chance, in der
11 Luftreinhaltung aber auch in der Lärminderung einen deutlichen Schritt weiter zu kommen und
12 damit die Lebensqualität in unserer Stadt weiter zu verbessern. Deshalb hat der Stadtrat
13 wesentlich auch auf Initiative der SPD ein umfangreiches Förderprogramm für Elektromobilität
14 aufgelegt.

15

16 Leider fehlt bisher eine auch nur annähernd vergleichbare Initiative der CSU-Staatsregierung für
17 den gesamten Freistaat Bayern. Allen großen Ankündigungen zum Trotz ist die CSU-Regierung
18 damit bisher kläglich gescheitert. Der frühere Ministerpräsident Seehofer hat im Jahr 2008
19 angekündigt, dass bis zum Jahr 2020 in Bayern 200.000 Elektrofahrzeuge unterwegs sein sollen.
20 Und der damalige Umweltminister und heutige Ministerpräsident Markus Söder wollte Bayern
21 zum „Elektromobilitäts-Land Nr. 1“ machen. Am 1. Januar 2017 nur etwas über 8.000 E-Fahrzeuge
22 auf Bayerns Straßen unterwegs.

23 Deswegen fordert die Münchner SPD, ehrgeizige, aber konkrete Ausbauziele zu benennen und den
24 Ausbau der Elektromobilität in Bayern endlich zu beschleunigen.

25

26

27

28 **Dritte Startbahn am Münchner Flughafen – Flüge auf die Schiene verlagern**

29 Die Münchner SPD lehnt eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen auch aufgrund des
30 fehlenden Bedarfs ab. Wir sehen uns zudem weiterhin dem Ergebnis des Bürgerentscheids von
31 2012 verpflichtet.

32 Konsequenterweise lehnen wir in diesem Zusammenhang auch die Umwandlung der Flughafen
33 München Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft strikt ab.

34 Nach der Inbetriebnahme der schnellen ICE-Verbindung von München nach Berlin, die eine
35 umweltfreundliche und attraktive Alternative zum Fliegen ist, fordern wir Deutsche Bahn und
36 Bund auf, den Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Bahnnetzes ausweiten und zu beschleunigen, um
37 noch mehr innerdeutsche und innereuropäische Flüge auf die Schiene verlagern zu können.
38 Das ist nicht nur aktiver Klimaschutz – damit kann auch der Bedarf für einen Ausbau von Flughäfen
39 weiter verringert werden.

40 Die Menschen in München und Bayern müssen besser vor Fluglärm geschützt werden. Hierzu
41 muss das Fluglärmgesetz novelliert und verschärft werden. Außerdem müssen die
42 Flughafenentgelte für laute Maschinen deutlich erhöht werden.

43

44 **Güterverkehr auf die Schiene verlagern**

45 Die Münchner SPD fordert zur Reduzierung der Abgas- und Lärmbelastung sowie des
46 zunehmenden Flächenverbrauchs die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Der Trend
47 zur Straße muss gestoppt werden!

1 Ein wesentlicher Schritt dazu ist es, auch auf deutscher Seite endlich den Zulauf zum Brenner-
2 Basis-Tunnel fertigzustellen. Die Planungen und Arbeiten dafür müssen erheblich beschleunigt
3 werden.
4 Außerdem werden mehr Verladestationen, längere Ausweichgleise, und verstärkten Kombiverkehr
5 (LKW-Verladung) benötigt.
6 Die Akzeptanz bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern muss durch beschleunigten und
7 verbesserten Lärmschutz beim Güterverkehr erhöht werden.
8 Die Münchner SPD lehnt die Zulassung von überlangen Lastwagen, sogenannten Gigalinern, auf
9 den deutschen Straßen ab. Damit würden nur noch mehr Güter auf die Straße verlagert werden.

10

11 **Gleichwertige Lebensverhältnisse statt einseitigem Wachstum**

12 Der stetige Zuzug nach München stellt die Landeshauptstadt München und ihre
13 Umlandgemeinden in den Bereichen Wohnen, Verkehr, aber auch was die Erhaltung von
14 Erholungsräumen und intakter Natur angeht, vor fast unlösbare Aufgaben.
15 Die Münchner SPD fordert deshalb, die Förderung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in
16 Bayern weit stärker als bisher zu berücksichtigen. Das ist auch ein aktiver Beitrag zum Erhalt von
17 Natur und Landschaft.
18 Dazu gehört unter anderem ein bessere finanzielle Ausstattungen von Kommunen, die Förderung
19 von sozialer Infrastruktur und ein starker Ausbau eines umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrs
20 in ganz Bayern.

21

22 **Klimaschutz und Stadtklima**

23 Wir fordern den Freistaat auf, die bayerischen Städte, insbesondere die Großstädte, stärker bei
24 Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu unterstützen.
25 Dazu gehört nicht nur eine bessere Förderung des öffentlichen Verkehrs, sondern auch die
26 Unterstützung bei Maßnahmen, die den Klimaproblemen Rechnung tragen: zum Beispiel bei der
27 Begrünung von Gebäuden und der Erhaltung und Schaffung von Grüngürteln und
28 Frischluftschneisen.
29 Auch aus diesem Grund lehnen wir den Bau eines Autobahn-Südrings um München strikt ab.

30

31 **Alpen schützen und Erholungsräume erhalten**

32 München ist die „Bergsteiger-Hauptstadt“ Deutschlands. Viele Münchnerinnen und Münchner
33 lieben die Berge und nutzen sie für Freizeit und Erholung.
34 Natur und Schönheit der bayerischen Alpen müssen auch für zukünftige Generationen erhalten
35 und bewahrt werden. Dabei hat sich der bayerische Alpenplan seit 46 Jahren bewährt. Wir lehnen
36 deshalb Manipulationen am bayerischen Alpenplan aus rein wirtschaftlichen Profitinteressen wie
37 im geplanten Fall Riedberger Horn, aber auch in etwaigen ähnlichen Fällen, strikt ab.
38 Die Münchner SPD fordert ausdrücklich nachhaltigen und umweltfreundlichen Verkehr, Tourismus
39 und Freizeitnutzung in den bayerischen Alpen zu fördern und auszubauen, im Sinne und unter
40 Einhaltung der internationalen Alpenkonvention.
41 Wir fordern deshalb auch klimaschädliche Subventionen wie zum Beispiel für künstliche
42 Beschneidung stattdessen für die Förderung von umweltfreundlichen Tourismusangeboten
43 einzusetzen.

44

45

46 **3. Mehr soziale Gerechtigkeit – mehr Teilhabe und Inklusion**

47

48 **Kostenfreie Kinderbetreuung – kostenfreie Bildung**

1 Die Kindertagesbetreuung ist nicht nur ein zentrales und enorm wichtiges Element frühkindlicher
2 Bildung. Sie ist zugleich die Voraussetzung dafür, dass Eltern, und insbesondere Frauen, ihrer
3 Berufstätigkeit vernünftig nachgehen können. Ganztagsbetreuung ist damit eine wesentliche
4 Voraussetzung für Gleichstellung.
5 Insbesondere in München und anderen Regionen mit hohen Lebenshaltungskosten ist die
6 Berufstätigkeit zudem eine blanke Notwendigkeit für die meisten Eltern. Ein guter Ganzttag in KiTa
7 und Schule ist deshalb auch ein wichtiges Instrument, um Kinderarmut zu bekämpfen,
8 Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern.
9 Wir wollen Eltern entlasten und Kinder bestmöglich fördern. Bildung muss kostenfrei sein, deshalb
10 müssen auch alle Gebühren von Kindertageseinrichtungen durch staatliche Leistungen ersetzt
11 werden. Wir wollen Kostenfreiheit von der KiTa bis zur Hochschule.
12 Dabei sind wir uns sehr wohl bewusst, dass die Kindertagesbetreuung dringend eine Verbesserung
13 der Finanz- und insbesondere Personalausstattung benötigt, um die Qualität weiter zu
14 gewährleisten und zu steigern. Dafür ist insbesondere der Freistaat Bayern in der Pflicht. Er darf
15 die Kommunen nicht alleine lassen. Wir wollen, dass der Freistaat in ganz Bayern kostenfreie
16 Kinderbetreuung und Bildung finanziert.
17 Lebenslanges Lernen wird immer wichtiger. Deshalb müssen die Möglichkeiten für
18 Arbeitnehmer/innen verbessert werden, sich weiter zu bilden. Wir fordern daher die Einführung
19 eines gesetzlichen Anspruchs auf Bildungsurlaubs, wie es bereits in den meisten anderen
20 Bundesländern vorhanden ist.

21
22

23 **Schulsozialarbeit stärken**

24 An den bayerischen Schulen benötigen Schülerinnen und Schüler, aber auch das Lehrpersonal,
25 eine stärkere Unterstützung im sozialen Zusammenhalt und bei sozialen Schwierigkeiten. Deshalb
26 setzen wir uns für eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit mit einer stärkeren
27 Bezuschussung durch den Freistaat ein.
28 Mehr und besser ausgestattete Schulsozialarbeit löst Probleme, verhindert Konflikte, hilft Eltern
29 und Schülern und erleichtert die Integration von Kindern und Jugendlichen mit
30 Migrationshintergrund an den Schulen.

31

32 **Bezahlbarer Wohnraum für Beschäftigte in Erziehung und Pflege**

33 Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum macht auch vor den Beschäftigten in Pflege und
34 Erziehung nicht halt. Das verschärft den Fachkräftemangel. Deshalb brauchen wir dringend eine
35 verbesserte Wohnraumförderung für Pflegekräfte und Kräfte im Erziehungsbereich.

36

37 **Armut in Bayern bekämpfen – Kommunen entlasten**

38 Auch im reichen Bayern hat die Gefährdung durch Armut in den letzten Jahren zugenommen. Die
39 CSU-Staatsregierung tut auf diesem Gebiet viel zu wenig. Von einer engagierten
40 Armutsbekämpfung durch den Freistaat kann in Bayern nicht gesprochen werden. Die Kommunen
41 werden alleine gelassen. Dabei gäbe es auch auf staatlicher Ebene viel zu tun.
42 Insbesondere die Unterstützung von Alleinerziehenden bei beruflichen Hilfen und verbesserte
43 Hilfen für von Armut betroffene Familien sind schon lange überfällig.
44 Auch die Unterstützung bei Altersarmut muss verbessert werden. Sie kann nicht auf die
45 Kommunen abgewälzt werden. Rentnerinnen und Rentner benötigen Zuschüsse zu
46 Erholungsmaßnahmen und Hilfe bei der Alltagsbewältigung. Mit uns wird sich der Freistaat hier
47 nicht mehr aus der Verantwortung stehlen.

48

1 **Pflege**

2 In der stationären Pflege und in der Kurzzeitpflege steigt der Bedarf an notwendigen Investitionen,
3 um Pflegebedürftige auf dem aktuellen Stand der Technik zu unterstützen. Hierzu bedarf es der
4 Wiederaufnahme der Investitionsförderung durch den Freistaat in diesem Bereich.

5 Derzeit gibt es 9 Pflegestützpunkte in Bayern, die Zuständigkeit liegt inzwischen bei den Bezirken.
6 Pflegestützpunkte müssen, als unverzichtbares Instrument zur Information und Beratung von
7 Betroffenen und Angehörigen, flächendeckend ausgebaut und durch den Freistaat, sowie Pflege-
8 und Krankenkassen, kostendeckend finanziert werden.

9

10 **Integration**

11 Um Integration zu leben, ist Sprache der zentrale Schlüssel. Deshalb braucht es mehr Engagement
12 des Freistaats im Bereich von Migrantinnen und Migranten. Dazu gehören vor allem verbindliche
13 und verbesserte Sprachkurse insbesondere für Geflüchtete und eine Verbesserung der
14 Migrationsberatung. Wir wollen Lehrkräfte in Übergangsklassen durch zusätzliches Personal
15 unterstützen und so einen Beitrag zur besseren Integration der Kinder und Jugendlichen leisten.

16

17

18

19 **Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Beeinträchtigungen**

20 **Inklusion an den Schulen**

21 Im Freistaat Bayern sind weniger SchülerInnen mit Förderbedarf in Regelschulen integriert als in
22 anderen Bundesländern. Nach den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention soll die
23 allgemeine Schule zum Regelförderort für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen werden und
24 das Bildungssystem inklusiv umgestaltet werden. Wir fordern die Umsetzung dieser Konvention.
25 Deshalb brauchen wir in den Schulen u. a. mehr Doppelbesetzungen mit regulären Lehrkräften
26 und SonderpädagogInnen. SchulbegleiterInnen müssen von der Schule gestellt und Teil der
27 Schulbelegschaft werden. Fernziel bleibt eine Schule für alle – damit jedes Kind seine Potenziale
28 entfalten kann.

29 Zudem benötigen wir mehr Unterstützung für Familien mit behinderten Kindern - also eine
30 verbesserte Schulberatung, Erleichterungen bei der Schulwahl und zusätzliche finanzielle
31 Unterstützungen in der Alltagsbewältigung

32

33 **Inklusion auf dem Arbeitsmarkt**

34 Um Menschen mit Beeinträchtigungen besser in den Arbeitsmarkt einzubeziehen, wollen wir die
35 Zahl der Inklusionsbetriebe erhöhen. In Werkstätten für Menschen mit Behinderung fordern wir
36 eine bessere Bezahlung für die Betroffenen. Das Prinzip unterstützter Beschäftigung wollen wir
37 stärker fördern und umsetzen, außerdem Menschen mit Beeinträchtigungen einen besseren
38 Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

39

40 **Persönliches Budget**

41 Ähnlich wie beim Blindengeld fordern wir eine Einführung von persönlichen Zuschüssen im
42 Rahmen eines persönlichen Budgets. Überhaupt ist das persönliche Budget für uns ein zentraler
43 Bestandteil, um Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Deshalb wollen wir auch
44 eine vereinfachte Antragstellung.

45

46 **Barrierefreiheit**

47 Weniger als fünfzig Prozent der bayerischen Bahnhöfe sind barrierefrei. Der Freistaat muss daher
48 bei der Deutschen Bahn und den regionalen Nahverkehrsunternehmen auf einen konsequenten

1 barrierefreien Umbau aller Bahnstationen hinwirken. Die Kommunen müssen bei der Schaffung
2 von Barrierefreiheit finanziell vom Freistaat unterstützt werden.

4 **Wahlrecht für alle**

5 Im Freistaat Bayern muss die UN-Behindertenrechtskonvention endlich konsequent umgesetzt
6 werden. Dazu gehört auch eine Reform des Wahlrechts. Ziel muss es sein, auch bislang vom
7 Wahlrecht ausgeschlossene betreute Menschen mit Behinderung zur Wahl zuzulassen.

9 **Behörden**

10 Wir wollen Menschen mit Beeinträchtigung gegenüber den Behörden stärken. Das beinhaltet für
11 uns zum Beispiel die Entbürokratisierung von Antragsprozessen sowie eine verständliche
12 Formulierung von Formularen, Bescheiden und anderen amtlichen Schriftstücken. Zudem wollen
13 wir Betroffenen eine bessere Aufklärung über Rechtsansprüche ermöglichen und deshalb zum
14 Beispiel Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen stärker fördern.

15 **Teilhabe geld**

16 Wir wollen Menschen mit Beeinträchtigung auch in finanzieller Hinsicht unabhängiger von den
17 Behörden machen. Deshalb soll sich der Freistaat Bayern auf Bundesebene für die Einführung
18 eines Bundesteilhabegelds einsetzen, das Betroffenen einkommensunabhängig ausbezahlt wird.
19 Dadurch würden die oft als entwürdigend empfundenen Bedürftigkeitsprüfungen entfallen.

21 **Unterstützung der Selbsthilfe bei psychisch Kranken**

22 Durch die Einführung eines flächendeckenden Krisendienstes wird die Regelversorgung sinnvoll
23 ergänzt. Die Vertreter der Selbsthilfe sind hier zwar bei der Versorgungsplanung mit einbezogen,
24 ja sie haben sogar eine Teilnahmeverpflichtung. Ohne Finanzierung dieser Aufgabe wird es für die
25 Selbsthilfeorganisationen aber nicht möglich sein dort mitzuwirken.

27 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

30 **A02**

31 AntragstellerInnen: SPD München

32 AdressatInnen: Bundestagsfraktion

34 **Erhaltung von preiswertem Wohnraum - Eisenbahner- 35 Genossenschaftswohnungen an die Eisenbahnbaugenossenschaften 36 verkaufen oder Erbpachtverträge verlängern**

37
38 Die Münchner SPD fordert die Bundestagsfraktion auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür
39 einzusetzen, dass

- 40 1. das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) Grundstücke und Wohnungsbestände nicht mehr an den
41 Meistbietenden verkauft
- 42 2. bei Ablauf der Erbpachtverträge den Eisenbahn-Baugenossenschaften selbst der Erwerb ihrer
43 Grundstücke und Wohnungen bei Ablauf der Erbpachtverträge ermöglicht wird, oder – besser –
44 alternativ Erbpachtverträge zeitlich zu verlängern

1 3. das Bundeseisenbahnvermögen vorrangig mit der Verwaltung statt der „Verwertung“ des
2 bundeseigenen Vermögens zu beauftragen, um dieses Vermögen langfristig für die Allgemeinheit
3 zu erhalten und weiterhin für preiswertes Wohnen im Rahmen der Wohnungsfürsorge zu nutzen
4 und

5 4. auch den Kommunen Grundstücke des Bundeseisenbahnvermögens zu Zwecken der sozialen
6 Wohnraumförderung und der Daseinsvorsorge rechtssicher und im beschleunigten Verfahren zu
7 vergünstigten Konditionen – wie schon im Koalitionsvertrag für die BIMA geregelt – zur Verfügung
8 gestellt werden. Das Erstzugriffsrecht der Kommunen muss auch für entbehrliche Liegenschaften
9 des BEV verankert werden.

10
11 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
12
13
14

15 A03

16 AntragstellerInnen: SPD München

17 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion
18

19 **Nachverdichtung der Landeshauptstadt München** 20 **nachhaltig gestalten!**

21
22 Der Unterbezirksparteitag der SPD München möge beschließen:

- 23 • Die SPD Stadtratsfraktion wird aufgefordert, bei der notwendigen Schaffung bezahlbaren
24 Wohnraums und der damit einhergehenden Ausweisung weiterer Baugebiete weiterhin auf
25 eine nachhaltige Nachverdichtung zu achten. Bei der Erschließung noch bestehender
26 Freiflächen im Stadtgebiet zur Schaffung von Wohnraum sind nicht nur Bedarfe an
27 Grünflächen entsprechend den baurechtlichen Vorschriften zu berücksichtigen, sondern
28 darüber hinaus auch die Schaffung und Erweiterung von regionalen Grünzügen und
29 Grünverbundachsen sowie die entsprechenden Ökosystemleistungen. Auch auf die
30 Erhaltung notwendiger landwirtschaftlicher und gärtnerischer Nutzflächen zur Versorgung
31 der Münchner Bevölkerung mit regionalen Lebensmitteln ist zu achten.
- 32 • Die Stadtratsfraktion wird weiter aufgefordert, bei der Nachverdichtung bestehender
33 Wohnanlagen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften weiterhin auf die
34 Erhaltung gewachsener Strukturen zu achten, insbesondere auf die Erhaltung ausreichender
35 und qualitativ hochwertiger Grünflächen.
- 36 • Der Unterbezirk wird aufgefordert sich im Rahmen der bevorstehenden Ortsvereins-
37 gespräche des Unterbezirksvorstandes mit den konkreten Möglichkeiten der
38 Flächennutzung für Wohnbebauung zu beschäftigen. Inhaltliche Grundlage sind Projekte der
39 Stadt, wie die Programme „Langfristige Siedlungsentwicklung“ und „Freiraum 2030“. Ziel ist
40 eine ausgewogene Stadtentwicklung.

41
42 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

1
23 **A04**4 AntragstellerInnen: SPD München
5 AdressatInnen: SPD Fraktion Bayr. Landtag, Landesparteitag BayernSPD6
7 **Nutzung der Verordnungen zugunsten der MieterInnen**8
9 Alle zugunsten von Mieterinnen und Mietern möglichen Verordnungsermächtigungen des
10 Freistaates Bayern werden wir in vollem Umfang ausschöpfen.11
12 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____
13
1415 **A05**16 AntragstellerInnen: SPD München
17 AdressatInnen: BayernSPD18
19 **Bildungspolitische Ziele – Landtagswahlprogramm 2018**20
21 **Der Unterbezirk München beantragt für das Wahlprogramm der BayernSPD 2018 folgende**
22 **Punkte zur Aufnahme bei den bildungspolitischen Zielen:**23 **Grundsätzliche Ziele, Lehrpläne**

24 Schule dient der Gesellschaft

25 Schule bereitet auf die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe vor. Wir werden uns dafür
26 einsetzen, dass allgemeinbildende Schulen nicht zum Reservoir für möglichst pflegeleichtes
27 "Humankapital" der Wirtschaft verkommen.

28 Bildung muss Chancengerechtigkeit für alle bieten

29 Die Finanzierung von Bildung ist eine staatliche und gesellschaftliche Aufgabe. Menschen dürfen
30 nicht aus finanziellen Gründen von Bildung ausgeschlossen werden. Echte Chancengerechtigkeit
31 ist nur möglich, wenn Bildung kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Die Kostenfreiheit reicht
32 muss dabei von der frühkindlichen Bildung bis zum Master / Meister gelten und alle Kosten im
33 Kontext der Bildung abdecken: Explizit schließt das Lernmittel und beispielsweise die
34 Kostenfreiheit des Schulwegs mit ein.

35

36 Bedeutung der frühkindlichen Bildung unterstreichen

37 Vor dem Hintergrund der Chancengerechtigkeit ist die Bedeutung der frühkindlichen Bildung zu
38 unterstreichen. Flächendeckende Verfügbarkeit von kostenlosen Kindertagesstätten sind

1 elementar, um schon früh Bildung für alle anzubieten und sozioökonomische Faktoren
2 auszugleichen.

3 Individuelle Förderung für alle

4 Schule muss ein individualisiertes Angebot für alle Lernenden anbieten. Statt einer Aufteilung auf
5 unterschiedliche Schularten - die massiv zur Erhaltung sozialer Ungleichheit beiträgt - wollen wir
6 ein längeres gemeinsames Lernen und eine Schule für alle.

7 Innerhalb der Gemeinschaftsschulen sollen einzelne Fächer in unterschiedlicher Stundenzahl
8 angeboten werden, sodass die Schüler*innen je nach individuellen Interessen wählen können. An
9 der Gemeinschaftsschule können je nach den Zukunftswünschen der Schüler*innen
10 unterschiedliche Bildungsabschlüsse erreicht werden. Hierfür findet eine frühzeitige individuelle
11 Beratung zur Entwicklung des Bewusstseins über Stärken und Interessen für jede*n Schüler*in
12 statt. Auch die Schwerpunktsetzung in den Abschlussprüfungen erfolgt individuell.

13

14 Handlungsorientiertes und entdeckendes Lernen sind gleichberechtigt

15 »Lernen« sollte handlungs- und ergebnisorientiert vermittelt werden, die Fähigkeit, durch
16 Reflexion das Erreichen von Zielen zu überprüfen, ist verpflichtender Bestandteil der Lehrpläne.
17 Denselben Stellenwert räumen wir dem "entdeckenden Lernen und Forschen" ein. Deshalb wird
18 Kreativität und Entdeckerfreude in allen Fächern belohnt und gefördert, auch im MINT-Umfeld.

19 Lehrplan fortschrittlich weiterentwickeln

20 Der vor Kurzem in allen Schularten eingeführte LehrplanPLUS stellt mit seiner Schwerpunktsetzung
21 auf Kompetenzorientierung, eigenständigem Lernen der Schüler_innen, Kontroversität und
22 größerer Freiheit der Lehrkräfte bei der Gestaltung des Unterrichts einen bildungspolitischen
23 Fortschritt dar. Diese Ansätze gilt es beizubehalten und zu vertiefen, besonders bei der Gestaltung
24 des Lehrplans für das wiedereingeführte neunjährige Gymnasium. Weiterhin soll die Stofffülle der
25 Lehrpläne überprüft und gegebenenfalls reduziert werden, um mehr Freiraum für Diskussion und
26 Bewertung im Unterricht zu ermöglichen. Bereits in der Mittelstufe soll die Möglichkeit zur
27 Vertiefung mittels Profulfächern gegeben werden, damit die Schüler_innen sich ihren Interessen
28 widmen können.

29 Selbstbestimmtes Lernen und demokratische Erziehung

30 In einer demokratischen Gesellschaft sind Mitbestimmung und Partizipation in
31 Bildungseinrichtungen selbstverständlich. Individuelle Bildungsansätze ermöglichen die
32 Emanzipation von gesellschaftlichen Normen, stärken die eigenständige und kritische
33 Meinungsbildung und lehren die Wertschätzung anderer Meinungen im demokratischen Diskurs.
34 Dies erfordert die flächendeckende Etablierung neuer Unterrichtskonzepte, die die kritische
35 Meinungsbildung von Schüler_innen fördern und bei denen inhaltliche
36 Schwerpunkte individuell festgelegt werden können.

37 Stärkung der Schüler_innenrechte

38 Darüber hinaus bedarf es einer Demokratisierung des Schulalltags. Schüler_innen sind elementar
39 und in starker Rolle an allen Entscheidungen zu beteiligen, die die Schule betreffen. Die SMVen
40 müssen zu einer Schüler*innenvertretung werden, die echte Mitspracherechte und Kompetenzen
41 hat. Die Vertretung der Meinungen soll auf Schulebene sowie übergreifend in bildungspolitischen
42 Diskussionen eingebracht und gehört werden. SVen sind dabei mit Ressourcen (Räume, Budget
43 und hauptamtliche Unterstützung)
44 auszustatten.

1 Alternativen zur Regelschule

2 Alternative Schulformen (z. B., Montessori-Schulen) sollen weiterhin gefördert werden.
3 Erfahrungen aus diesen Schulformen sollen ebenfalls aufgenommen werden und in die
4 Weiterentwicklung der Regelschulen einfließen.
5 Wir halten am Beschluss einer längeren gemeinsamen Schulzeit fest. Fernziel bleibt eine Schule für
6 alle. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen inklusive staatliche und städtische Schulen
7 besuchen können. Jedes einzelne Kind soll seinen persönlichen Lernweg gehen können und
8 nachhaltig und vernetzt lernen.

9 Fächerübergreifende und fachfremde Qualifikationen fördern

10 Recherchieren, Dokumentieren, Präsentieren sowie erklärendes Darstellen von Ergebnissen und
11 Abläufen sind für die Menschen, die in der aktuellen Wissensgesellschaft leben, wichtige
12 Fähigkeiten. Schule muss diese Qualifikationen fördern.
13 Dabei wird vor Allem auf zielgruppengerechte und sachorientierte Vorbereitung und Durchführung
14 Wert gelegt. Geeignete Medien und Darstellungsformen zu wählen, ist gleichberechtigtes Lernziel.

15 Informatik und Statistik im Unterricht verankern

16 Bedienen von Anwendungen ist kein Informatikunterricht! Strukturen in Abläufen, Informationen
17 und
18 Daten zu erkennen, zu beschreiben und zu schaffen, auch unter Zuhilfenahme von Werkzeugen
19 wie Programmiersprachen u.Ä., ist stattdessen das Ziel. Der Informatikunterricht bereitet damit
20 vor auf die
21 Durchdringung der Gesellschaft mit immer mehr Informationen und deren digitale Verarbeitung
22 und Speicherung. Die Schule vermittelt Grundlagen der Statistik und die Fähigkeit, statistische
23 Aussagen kritisch zu bewerten und einzuordnen.

24 Digitalisierung von Bildung

25 Die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche bietet Potentiale für die
26 Bildungseinrichtungen. Schule muss einerseits diese Chancen für eine Verbesserung der
27 Wissensvermittlung nutzen andererseits aber auch Risiken und Probleme der Digitalisierung
28 adressieren und eine kritische Auseinandersetzung fördern. Notwendige technische Infrastruktur
29 ist umgehend zu schaffen. Die Digitalisierung muss unter Einbeziehung der Lehrkräfte und
30 Schüler_innen erfolgen und sich an der Lebensrealität der Jugendlichen orientieren. Für diesen
31 Prozess muss ein umfassendes und nachhaltiges Konzept aufgelegt werden, aktionistische
32 Einzelmaßnahmen müssen vermieden werden.

33

34 Informieren, Schlussfolgern, Lernen

35 Auf die Fähigkeit, fallweise Wissen, Information und Daten zu unterscheiden, wird besonderer
36 Wert gelegt. Erworbenes Wissen wird verallgemeinert und zur Lösung von Aufgabenstellungen
37 anderer Art übertragen. Daten und Informationen aus verschiedensten Quellen zu beschaffen, zu
38 bewerten und zur Problemlösung heranzuziehen, wird in allen Fächern eingeübt.

39 Persönlichkeit fördern

40 Insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialpädagoginnen und -pädagogen und alle
41 anderen
42 Beteiligten am Bildungsprozess wirken gängigen Rollenmodellen entgegen und ermutigen die
43 Schülerinnen und Schüler, ihren Interessen und Fähigkeiten gemäße Entscheidungen über ihren
44 Bildungsweg zu treffen. Auch bei der individuellen Zusammenstellung und der Ausgestaltung der

1 Unterrichtsinhalte müssendie Persönlichkeit der Schüler_innen sowie ihre Stärken und Schwächen
2 berücksichtigt werden.

3

4 **Bezahlung sowie sonstige finanzielle, personelle und** 5 **sachliche Ausstattung**

6 Erhöhung der Bezüge für Lehrkräfte in Ballungszentren

7 Die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mieten, unterscheiden sich in den verschiedenen
8 Landesteilen Bayerns erheblich. In den Ballungsräumen wie München muss ein deutlich größerer
9 Teil des Verdiensts zur Deckung von Fixkosten aufgewendet werden. Daher ist es ein Gebot der
10 Fairness, dass der Staat seine Angestellten und Beamt_innen entsprechend entlohnt und ihre
11 Bezüge in Ballungszentren erhöht. So kann hier auch dem Lehrermangel entgegengewirkt werden.

12 Gerechtere Bezahlung der Studienreferendar_innen

13 Wir fordern eine gerechtere Bezahlung für Studienreferendar_innen. Lehramtsanwärter_innen
14 sind durch Miet- und Lebenshaltungskosten sowie in vielen Fällen durch die Rückzahlung von
15 Studiendarlehen und Anschaffungskosten für Unterrichtsmaterial mit hohen finanziellen
16 Belastungen konfrontiert. Demgegenüber stehen verhältnismäßig geringe Einnahmen.
17 [Begründung: Die Anwärterbezüge der Besoldungsgruppe A13+Z für bayerische Studienreferendar_innen am
18 Gymnasium betragen beispielsweise 1385,08 Euro (Stand: 01.01.17). Mit diesem Grundgehalt sind 10
19 Unterrichtsstunden pro Woche abgedeckt. In der Einsatzschule kann das Stundendeputat der Referendare bei Bedarf
20 auf bis zu 17 Stunden pro Woche erhöht werden. In diesem Fall werden die Studienreferendar_innen ab der elften
21 gehaltenen Stunde mit 32,29 Euro vergütet. Stunden, die z.B. durch Krankheit, Seminartage oder Ferien ausfallen,
22 können nicht abgerechnet werden. Darüber hinaus ist bei der Berechnung des Verhältnisses zwischen Lohn und
23 Arbeitszeit bei Berufsanfängern eine erhöhte zeitliche Belastung für Korrekturarbeiten und Unterrichtsvorbereitung zu
24 verzeichnen. Von einer würdevollen Entlohnung kann keine Rede sein!]

25 Schaffung von neuen Stellen für Team-Teaching

26 Wir fordern die Schaffung zusätzlicher Stellen, um an allen Schulen das Konzept des Team-
27 Teachings verbreiten zu können. An allen Schularten, insbesondere am Gymnasium, entsteht ein
28 immer höherer Bedarf nach Binnendifferenzierung. Schüler_innen mit sehr unterschiedlichen
29 Voraussetzungen und Bedürfnissen müssen entsprechend betreut werden. Eine Möglichkeit,
30 diesen Anforderungen gerecht zu werden, stellt das Team-Teaching dar. Wenn zwei oder mehr
31 Lehrkräfte zusammen eine Klasse betreuen, kann insbesondere das eigenständige Lernen der
32 Schüler_innen intensiver begleitet werden. Dies führt nicht nur zur differenzierten Förderung der
33 Lernenden, sondern auch zur Entlastung der Lehrkräfte. Zur Zeit reichen aber zum
34 flächendeckenden Einsatz von Team-Teaching die personellen Kapazitäten bei Weitem nicht aus.]

35 Schaffung zusätzlicher IT-Stellen an allen Schulen

36 Wir fordern die Schaffung zusätzlicher Stellen zur Betreuung der schulischen IT. Dies entlastet die
37 Kollegien und stellt die Funktionsfähigkeit der digitalen Geräte sicher. Sowohl von den Lehrkräften
38 als auch den Schüler_innen werden digitale Geräte im Unterricht genutzt, ein sicherer Umgang mit
39 ihnen ist ein zentrales Bildungsziel. Die Betreuung der IT-Infrastruktur stellt eine immer
40 umfangreicher werdende Aufgabe an den bayerischen Schulen dar, insbesondere im Hinblick auf
41 rechtliche Vorgaben
42 (z.B. Datenschutz). Diese wichtige Aufgabe wird allzu oft von einzelnen Mitgliedern des
43 Lehrerkollegiums zusätzlich zu ihrer Vollzeitarbeit übernommen oder nur unzureichend im
44 Stundendeputat ausgeglichen.

1 Bessere finanzielle Ausstattung der Sachaufwandsträger

2 Landauf landab befinden sich viele Schulgebäude in einem desolaten Zustand. Oftmals sind aber
3 die zuständigen Sachaufwandsträger, also die Kommunen und Landkreise, nicht in der Lage, für
4 Abhilfe zu sorgen. Daher ist es Aufgabe des Freistaats (Konnexitätsprinzip Art 83, Abs. 3 der
5 Bayerischen Verfassung), die Sachaufwandsträger finanziell besser auszustatten, so dass sie ihren
6 Aufgaben nachkommen können und sich die Situation in den Schulen bessert.

7 Neuberechnung der Unterrichtspflichtzeit von Lehrer_innen

8 Wir fordern eine allgemeine Neuberechnung der Unterrichtspflichtzeit und eine spürbare
9 Entlastung von Lehrer_innen mit besonders hoher Korrekturbelastung.

10 [Begründung: Mittags Feierabend und drei Monate frei im Jahr? Die Vorurteile gegenüber Lehrern halten sich
11 hartnäckig und entbehren jedweder Grundlage! Eine im Januar dieses Jahres veröffentlichte Studie der Georg-August-
12 Universität in Göttingen zeigt, dass Lehrer im Durchschnitt deutlich länger als andere Beschäftigte im öffentlichen
13 Dienst arbeiten. Seit Jahren sehen sich die Lehrkräfte immer neuen Aufgaben wie Ganztagschule, Inklusion oder
14 verstärkter Binnendifferenzierung gegenüber. Die Pflichtstundenanzahl ist dagegen nicht reduziert worden. Für die
15 Lehrerinnen und Lehrer stellt diese Überbelastung ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko dar. Die Auswirkungen
16 des Missstandes wirken sich aber auch auf die Gestaltung des Unterrichts und des Schullebens aus. Vor allem
17 Lehrkräften mit besonders hoher Korrekturbelastung fehlt die Zeit für die Organisation von Ausflügen, Vorträgen,
18 Ausstellungen oder anderen bereichernden Veranstaltungen.]

19

20 Schulsozialarbeit stärken

21 Die Beratungsteams an bayerischen Schulen müssen massiv ausgebaut werden.
22 Schulpsycholog*innen und Beratungslehrkräfte müssen ausreichend Anrechnungsstunden für ihre
23 beratende Tätigkeit erhalten. An jeder Schule muss mindestens eine*n Sozialarbeiter*in in Vollzeit
24 und unbefristet eingestellt werden.

25

26 Weiteres

27 Verpflichtendes Schülerfeedback für Lehrkräfte

28 Feedback durch die Lernenden an die Lehrenden wird von Bildungsforscher_innen nachdrücklich
29 empfohlen. Zahlreiche Kolleg_innen nehmen diese Möglichkeit bereits wahr, um ihren Unterricht
30 weiterzuentwickeln und noch mehr an die Bedürfnisse der Schüler_innen anzupassen.
31 Schülerfeedback soll verpflichtend am Ende der Schulhalbjahre in digitaler, anonymisierter Form
32 eingeführt werden, nicht um den Druck auf die Lehrkräfte zu erhöhen, sondern um ein besseres
33 Arbeitsklima zwischen Schülerschaft und Lehrkräften herzustellen. Das Feedback der
34 Schüler_innen stellt die Grundlage für Schulungsempfehlungen für die Weiterbildung der
35 Lehrkräfte dar.

36

37 Besetzung der Kollegien

38 Die paritätische Besetzung der Kollegien aller Schularten mit Frauen und Männern wird durch
39 geeignete Maßnahmen sichergestellt, z.B. durch die Angleichung der Bezüge von angestellten und
40 verbeamteten Frauen und Männern, sowie gleichen Bezügen unabhängig von der Schulart.

41 Berufsbildende und akademische Abschlüsse

42 Die Gleichbehandlung von berufsbildenden und akademischen Abschlüssen wird auf allen
43 Bildungsstufen durchgesetzt.

44

45 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

1
2

A06

3

4 AntragstellerInnen: SPD München

5 AdressatInnen: SPD-Stadtratsfraktion, Bezirksausschußfraktionen

6

7 Busfahrstreifen (Busspuren)

8

9 Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich für eine zügige Umsetzung des Beschlusses zum
10 Antrag der Stadtratsfraktion mit der Nummer 14-20 / A03440 zum Ausbau von Busspuren, gemäß
11 der Prioritätenliste für die Einrichtung neuer Busspuren in der
12 Landeshauptstadt München der Stadtwerke München GmbH, einzusetzen (siehe Anhang).

13 Die Bezirksausschussfraktionen werden aufgefordert, diesen Prozess mit ihrer sehr guten Kenntnis
14 vor Ort zu begleiten und zu unterstützen. Insbesondere die Bewertung der Prioritätenliste
15 gemeinsam mit der MVG und die konstruktive Diskussion der Umsetzung derselben, mit dem Ziel,
16 diese falls nötig anzupassen.

17 Beide Adressaten werden aufgefordert, hier proaktiv in guter Zusammenarbeit das Thema
18 voranzutreiben und die MVG dabei einzubeziehen und gegebenenfalls auch in die Pflicht zu nehmen.

19

20 Angenommen Abgelehnt Verwiesen an: _____

21

A07

22 AntragstellerInnen: SPD München

23 AdressatInnen: alle Kandidierenden für alle Ebenen

24

25 Verhältnis und Abgrenzung zur AfD

26

27

- 28 1. Zu Veranstaltungen der Münchner SPD, ihrer Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften,
29 Arbeitskreise und Stimmkreise werden AfD-VertreterInnen oder -KandidatInnen, -
30 MandatsträgerInnen und deren MitarbeiterInnen, aber auch VertreterInnen einer Stiftung
31 oder Organisation der AfD nicht eingeladen, weder als Akteure auf Podien noch als Gäste
32 z.B. bei Empfängen oder Ehrungen o. ä.
- 33 2. FunktionsträgerInnen der Münchner SPD, ihrer Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften,
34 Arbeitskreise und Stimmkreise nehmen an Veranstaltungen der AfD nicht teil. Gleiches gilt
35 für Einladungen zu Gesprächen, Empfängen oder sonstigen Veranstaltungen der AfD oder
36 ihrer RepräsentantInnen, auch wenn sie MandatsträgerInnen sind.
- 37 3. Anfragen an die Münchner SPD, ihre Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise
38 und Stimmkreise durch die AfD oder deren MandatsträgerInnen zu Gesprächen oder zum
39 Austausch werden ablehnend beantwortet. Gleiches gilt für Anfragen zu Stellungnahmen
40 oder örtlichen Positionierungen.

41

42

43

- 1 4. Laden Dritte zu Veranstaltungen ein, zu denen auch AfD-VertreterInnen eingeladen sind,
2 und war es nachweislich nicht möglich, den Veranstalter von der Einladung an AfD-
3 VertreterInnen abzubringen, ist abzuwägen, ob es gelingt, sozialdemokratische Positionen
4 zu vermitteln. Dies muss sorgfältig je Einzelfall im Vorfeld und in Absprache mit dem
5 geschäftsführenden Unterbezirksvorstand ausgelotet werden. Grundsätzlich ist von einer
6 Teilnahme abzusehen.

7
8
9

X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

10

11 A08

11

12 AntragstellerInnen: SPD München
13 AdressatInnen: Landesparteitag BayernSPD, Bundesparteitag

14 **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen**

15 Die Generalversammlung der UNO beschloss am 23.12.2016 die Aufnahme von Verhandlungen
16 über einen Vertrag zum Verbot der Atomwaffen (hinsichtlich Entwicklung, Produktion, Test,
17 Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz sowie der Drohung mit einem Einsatz).
18 Deutschland stimmte mit Nein und boykottierte dann die Verhandlungen wie auch die
19 Abstimmung am 7. Juli 2017 über den ausgearbeiteten Vertrag.

20 Die NATO-Staaten boykottierten Verhandlungen und Abstimmung ebenfalls, weil die NATO auf
21 Atomwaffen (und deren Einsatz) nicht verzichten will, solange es überhaupt Atomwaffen gibt.
22 Deutschland wäre bei einer Ratifizierung verpflichtet, die Stationierung der US-Atomwaffen in
23 Deutschland zu beenden.

24

25 **Daher setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland dem**
26 **Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft.**

27
28
29
30
31

X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

32 A09

32

33 AntragstellerInnen: SPD München
34 AdressatInnen: Landesparteitag BayernSPD

35

36 **Entkriminalisierung von Cannabis**

37

1 Wir fordern den Unterbezirk München dazu auf, den einstimmigen Beschluss der Bayern SPD vom
2 Parteitag in Hirschaid vom 27.6./28.06.2015 zum Thema „Entkriminalisierung von Cannabis“ an
3 den Landesvorstand weiterzuleiten und so sicherzustellen, dass dieser Beschluss mit
4 aufgenommen und Bestandteil des Landtagswahlprogrammes 2018 wird.

5

6 Nachfolgend der im Juni 2015 gefasste Beschluss des Parteitages:

7

8 „Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
9 Bundesregierung werden aufgefordert, den Besitz und den Konsum von Cannabis zu
10 entkriminalisieren.

11 Hierzu sollen die rechtlichen Grundlagen für eine staatlich kontrollierte Produktion, für den
12 Verkauf und für den legalen Besitz beschränkter Mengen Cannabis an Erwachsene geschaffen
13 werden. Dabei ist den Anforderungen des Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutzes in
14 Bezug auf Produktion und Vertrieb Rechnung zu tragen. Die Besteuerung ist ähnlich wie bei
15 Tabakproduktion zu gestalten. Die Bewerbung soll untersagt bleiben.

16 Es werden jährlich ca. 250.000 Drogendelikte begangen; davon entfallen ca. 145.000 auf Cannabis.
17 95% des Cannabis-Verfahren werden als Bagatelldelikte jedoch wieder eingestellt. Trotzdem
18 entstehen für Polizei und Justiz jährlich Kosten in Milliardenhöhe. Die für die Bearbeitung der
19 Cannabis-Delikte verwendeten Steuergelder wären jedoch deutlich sinnvoller für andere Bereiche,
20 wie etwa bei der Drogenprävention oder der Gesundheitsfürsorge einsetzbar.“

21 Wir möchten die vorgenannte Formulierung um einen Punkt im 2. Absatz, zweiten Satz, ergänzen:
22 „....Erwachsene über dem 18. Lebensjahr geschaffen werden“.

23

24

25 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

26

27

28 A10

29 AntragstellerInnen: SPD München
30 AdressatInnen: SPD Bundestagsfraktion

31

32 **Reine männliche Führungsriege bei drei Bundesministerien!**

33

34 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Besetzung nur durch männliche parlamentarische
35 und verbeamtete Staatssekretäre der CSU und CDU beim Innen-, Verkehrs und
36 Wirtschaftsministerium nicht hinzunehmen.

37 Bei Koalitionsverträgen (Bund, Land) soll zukünftig darauf geachtet werden, dass eine Frauenquote
38 bei der Besetzung von Ministerien (Minister und Staatssekretäre) festgelegt wird.

39

40 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

41

1

2

A11

3

Antragstellerin: SPD München

4

AdressatInnen: SPD Bezirk Oberbayern, SPD Landesverband Bayern,

5

BayernSPD Landtagsfraktion

6

7

Bürgerrechte schützen –

8

PAG (Polizeiaufgabengesetz)-Neuordnung verhindern

9

10 Die SPD München lehnt die geplante Neuordnung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) in der
 11 vorgelegten Form ab und schließt sich dem Bündnis „Nein zum neuen Polizeiaufgabengesetz
 12 Bayern“ an. Der Bezirk Oberbayern und der Landesverband Bayern werden aufgefordert sich
 13 ebenfalls anzuschließen.

14

15 Die SPD München unterstützt die BayernSPD-Landtagsfraktion in ihrem Einsatz gegen das neue
 16 PAG und fordert sie auf, neben dem Beitritt zum Bündnis „Nein zum neuen Polizeiaufgabengesetz
 17 Bayern“ bei einem Beschluss des neuen PAG durch die CSU-Mehrheit, geeignete juristische
 18 Maßnahmen wie z.B. eine Klage vor dem bayerischen Verfassungsgerichtshof oder dem
 19 Bundesverfassungsgericht, zu ergreifen.

20

21

22

X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

23

24

25

A12

26

AntragstellerInnen: SPD München

27

AdressatInnen: S&D Fraktion im Europaparlament sowie SPD Bundes- und SPD Landtagsfraktion

28

29

Bienen- und Insektensterben sofort stoppen

30

31

Der Parteitag der Münchner SPD möge beschließen:

32

33

- Die Fraktionen in Europaparlament, Bundes- und Landtag werden aufgefordert, alles zu tun, um schnellst möglich ein Verbot der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide durch die EU zu erreichen.
- Ein Ersatz durch ähnlich schädliche oder gar giftigere Stoffe ist zu unterbinden.
- Ein Insektenschutzprogramm ist zu planen und schnellstmöglich umzusetzen.
- Gegebenenfalls ist auch ein Alleingang Deutschlands bei dem Verbot in Betracht zu ziehen.

39

40

41

42

X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

43

1

A13

2

3 AntragstellerInnen: SPD München

4 AdressatInnen: SPD Landtagsfraktion

5

6 Psychisch-Kranken-Hilfegesetz

7

8 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Gesetzentwurf zum Bayerischen PsychKHG
9 in der jetzigen Form unbedingt abzulehnen.

10

11 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____

12

13

A14

14

15 AntragstellerInnen: SPD München

16 AdressatInnen: SPD Bundestagsfraktion

17

18 Angriff in Syrien völkerrechtswidrig

19

20 Am Morgen des 14.04.2018 flogen Kampfflugzeuge der USA, Großbritanniens und Frankreichs
21 Angriffe auf drei Ziele in Syrien. Die Begründung, dass damit ein Giftgaseinsatz des syrischen
22 Regimes vom 07.04.2018 beantwortet werden sollte, trägt nicht:

23

- 24 - Der Giftgaseinsatz ist nach wie vor nicht bewiesen.
- 25 - Die Bombardierung eines Giftgaslagers, wie es behauptet wird, wäre unverantwortlich,
26 weil damit die Bestände nicht vernichtet, sondern freigesetzt würden, sofern dort
27 tatsächlich Giftgas gelagert wäre. Darüber hinaus hätte zunächst der Vorwurf einer
28 Lagerung erhoben und überprüft werden müssen.
- 29 - Ein militärischer Angriff ist durch keine völkerrechtliche Norm gedeckt.

30 **Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung sich**
31 **eindeutig vom Militäreinsatz distanziert. Auch zustimmenden Verlautbarungen der NATO ist**
32 **entgegen zu treten.**

33

34

35 X Angenommen O Abgelehnt O Verwiesen an: _____